

BEBAUUNGSPLAN

SIEHE OBEN

M 1 : 1000

14.7.1964

14.7.1964

Stadtbaurat

Stadtbaurat

Saarbrücken - Saarbrücken, Gebiet zwischen der Güterbahnhofstraße, Verl. Straße an Kirchenbach bzw. Westgrenze der Parzelle 573/2 Flur 9, Gewerung Roden ostwärts der Margaretenstraße - (L) - werkweg - Rodener Straße - Mühlenstraße
in der Stadt Saarlouis
die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Stadtrates am 29. August 1965 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte durch das Stadtbaubüro.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes		
1 Geltungsbereich		siehe Plan
2 Art der baulichen Nutzung		
2.1 Baugebiet		Gewerbegebiet = GE
2.2.1 zulässige Anlagen		BauNVO § 8 (2)
2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen		BauNVO § 8 (3)
2.3 Baugebiet		Mischgebiet
2.3.1 zulässige Anlagen		BauNVO § 8 (2)
2.3.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen		BauNVO § 8 (3)
3 Maß der baulichen Nutzung		
3.1 Zahl der Vollgeschosse		M, GE, = max. II
3.2 Grundflächenzahl		BauNVO
3.3 Geschossflächenzahl		BauNVO
3.4 Baumassenzahl		BauNVO
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen		entfällt
4 Bauweise		entfällt
5 überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen		siehe Plan
6 Stellung der baulichen Anlagen		entfällt
7 Mindestgröße der Baugrundstücke		entfällt
8 Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von 0,00 über dem Mittel der Mitte Haus bis OK Erdgeschossfußboden)		min. 30 cm
9 Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken		innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen
10 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken		innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen
11 Baugrundstücke für den Gemeinbedarf		entfällt
12 "Gartengrundstücke" für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen		entfällt
13 Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist.		entfällt
14 Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung		entfällt
15 Verkehrsflächen		siehe Plan
16 Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen		siehe Plan
17 Versorgungsflächen		BauNVO § 14 (b)
18 Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen		entfällt
19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen		entfällt
20 Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Baderplätze, Friedhöfe		entfällt
21 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen		entfällt
22 Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft		entfällt
23 Flächen für die Ver- und Leituungsanlagen zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen		alle öffentlichen Verkehrsflächen zugunsten Stadtwerke
24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen		entfällt
25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines eigenen räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit und Gesundheit erforderlich sind		entfällt
26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung		entfällt
27 Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern		entfällt
28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern		entfällt

Aufnahme von
Festsetzungen über die äußere Gestalt der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Abl. S. 293).

entfällt
Aufnahme von
Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Abl. S. 293).

entfällt
Kennzeichnung von Flächen nach § 9 Abs. 3 BBauG
1 Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind
2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind
3 Flächen unter denen der Bergbau ungeht
4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind
entfällt
Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG

Planzeichen-Erläuterung		
.....	entf.	Sträßengrenzlinie
.....	entf.	Baulinie
.....	entf.	Baugrenze
entf.	entf.	Entwässerungsrichtung
.....	entf.	Vorgärten
.....	entf.	Geschosszahl
.....	entf.	MISCHGEBIET
.....	entf.	Gewerbegebiet
.....	entf.	Sträßenhöhe

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegt vom 01. Juli 1965.
bis zum 31. Juli 1965.
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Stadtrat am 28. September 1965 beschlossen.

Saarbrücken, den 18. Oktober 1965.
Der Bürgermeister
(Schreiner)
Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.
Saarbrücken, den 12. April 1966.
Der Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau
Im Auftrage
Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am 12. Mai 1966.
örtlich bekannt gemacht.

Saarbrücken, den 17. April 1966.
Der Bürgermeister